

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebnitz. Heimatzugung für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostau und Postelwitz und die Landgemeinden Altendorf, Gohdorf mit Kohlmühle, Kleingiechhübel, Krippen, Bichtenhain, Mittelndorf, Porsdorf, Proßen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Fiele, Inh. Walter Fiele, Bad Schandau, Zankstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33327. Gemeindegeldkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 8-18 Uhr.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1.85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1.65 RM., durch die Post 2.00 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf., mit Illustrierter 15 Pf. Richterscheine einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22 1/2 Pf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreisliste. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ — „Das Unterhaltungsblatt“ — „Das Leben im Bild“
„Zum Wochenende“ — Illustrierte Sonntagsbeilage:

Nr. 147

Bad Schandau, Freitag den 26. Juni 1936

80. Jahrgang

Ergebnis der Woche

Zusammengebrochene Hebe

Am 20. Juni war erster Nennungsbeschluss für die Olympischen Spiele in Berlin. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Olympischen Komitees der einzelnen Länder mitzuteilen, an welchen Wettbewerben jeder ausgeschriebenen Sportart sie sich beteiligen wollten. Es handelt sich dabei nicht etwa um den endgültigen Abschluss der Meldemöglichkeit, denn bis zum 28. Juli können die einzelnen Nationen Zahl und Namen ihrer aktiven Kämpfer dem Organisationskomitee in Berlin angeben. Der erste Nennungsbeschluss hat aber bereits gezeigt, daß die kommenden Olympischen Spiele bei weitem alle ihre Vorgänger auch in bezug auf die Beteiligung in den Schatten stellen werden. 53 Nationen haben ihre Teilnahme an dem friedlichen Wettstreit der Jugend der Welt zugesagt und nach den bisher bekanntgewordenen Angaben werden sich etwa 6000 Sportler und Sportlerinnen in Berlin einfinden. Die überseeischen Länder haben zum Teil ihre Mannschaften bereits in Marsch gesetzt, und als erste vollständige Olympiamannschaft sind nach einem festlichen Empfang in Berlin die Australier in das Olympische Dorf bereits eingezogen. Die Kämpfer aus dem jüngsten Erdteil sind über den Empfang und die getroffenen Vorbereitungen begeistert. Sie versichern immer wieder, daß ihre Erwartungen bei weitem übertroffen seien und sie niemals schönere und zweckentsprechendere Sportanlagen gesehen hätten als auf dem Reichssportfeld. Kein Wunder, wenn jetzt das Häuflein der gegen die Beteiligung an den Olympischen Spielen in Berlin agitierenden Heber im Ausland alle Felle davonschwimmen sieht. Die gesunde Jugend aller Staaten ist von der Begeisterung für die olympische Idee erfasst und sieht mitteilend auf jene erbärmlichen Wisenmacher, die entweder von gewisser Seite für ihre berufsmäßig betriebene Heberarbeit befoltert werden, oder aber in ihrem abgrundtiefen Haß gegen das junge Dritte Reich blind und taub geworden sind und nicht hören und sehen wollen, was tatsächlich geschieht. Die Wahrheit hat sich trotz aller Verleumdungsfeldzüge Bahn gebrochen, und wir dürfen überzeugt sein, daß die Olympischen Spiele Berlin 1936 ein wahres Fest der Eintracht und des Friedens sein werden. Darüber hinaus wollen wir hoffen, daß die Kämpfer und die vielen tausend sonstigen ausländischen Besucher nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat der Wahrheit die Ehre geben und aus ihrem eigenen Erleben heraus es den Berufshebern noch schwerer machen werden, ihr zerfetzendes Gift weiter auszustreuen.

Neue Melodie zum alten Text

Die neue französische Volksfrontregierung hat im Parlament ihr außenpolitisches Programm entwickelt. Man darf der Linkregierung Leon Blums das Zeugnis ausstellen, daß sie trotz ihrer Färbung außenpolitisch streng konservative Ansichten vertritt. Im Grunde genommen bleibt tatsächlich alles beim alten. Der Kurs, den der neue Außenminister Delbos offenbar zu steuern gewillt ist, stimmt zunächst einmal haargenau mit dem seiner Vorgänger überein, gleichgültig in welchem politischen Lager sie auch stehen mochten. Wir finden in dem außenpolitischen Programm alles wieder: Das Bekenntnis zur Bündnispolitik und zum Völkerbund, zur Diktature und Revisionsfeindlichkeit, die Hymne auf die alleinsetzende kollektive Sicherheit, den Lobgesang auf den Nuppenpakt, das alte Donau Lied, die Locarnothesen, kurzum all das, was wir schon so oft im Laufe der letzten Jahre aus Paris vernommen haben. Und doch hat man auch etwas Neues gehört. Der alte Text ist zwar geblieben, aber die Melodie ist eine andere geworden, und das dürfen wir anerkennen. Die französische Regierungserklärung ist in ihrem Ton durchaus den Formen der üblichen diplomatischen Höflichkeit angepasst worden und enthält sogar die Versicherung, daß die Regierung den Worten des Frontkämpfers Adolf Hitler, der das Glend des Krieges kennengelernt habe, keinen „Zweifel“ entgegenbringe. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Regierungserklärung von der „Sicherheit und Ehre der beiden Länder“ spricht, in deren Interesse die Bemühungen um eine Verständigung fortgesetzt werden müßten. Man kann also eine Verbesserung der Atmosphäre, in der sich die kommenden Auseinandersetzungen abspielen sollen, feststellen. Leider aber zeigen die Darlegungen über die kollektive Sicherheit und die regionalen Pakte, daß Frankreich immer noch nicht erkannt hat oder einsehen will, wie restlos die jetzt wieder angepriesenen Methoden versagt haben. Wir vermüssen in der französischen Adresse so vor allem eine klare Auseinandersetzung mit dem umfassenden Friedensplan des Führers, wir vermüssen immer noch konstruktive Gegenvorschläge, die einer fruchtbareren Diskussion den Boden ebnen könnten. Sollen wir immer wieder auf die französischen Klagen über „deutsche Vertragsbrüche“ mit dem Hinweis antworten, daß Deutsch-

land tatsächlich niemals einen Vertrag verletzt hat, der nicht schon längst von seinen einstigen Gegnern gebrochen war? Wollten wir diese Vertragsbrüche von der Ruhrinvasion an bis zur unterbliebenen Abrüstung im einzelnen aufzählen, dann müßten wir ganze Spalten füllen. Statt dessen wollen wir an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck geben, daß in Paris das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und die französische Regierung in den notwendigen kommenden Verhandlungen sich nicht nur im Wort, sondern auch in der Tat von jenem Frontkämpfergeist befreit zeigen möge, aus dem heraus der Versöhnungsplan des Führers geboren wurde und der auch in der französischen Regierungserklärung zwischen durch erstmals leise anklingt.

Strich unter ein trübes Kapitel

Das englische Unterhaus hat mit großer Mehrheit der Regierung Baldwin bescheinigt, daß sie recht daran sei, radikal und kurzentschlossen mit der Sanktionspolitik gegenüber Italien Schluss zu machen. Die Regierung hat im Parlament festgestellt, daß England als einziger Staat bereit gewesen sei, im Rahmen der Völkerbundsmaßnahmen wirksame Maßnahmen gegenüber Italien in Anwendung zu bringen, und daß die Sanktionspolitik deshalb Schiffbruch erlitten habe, weil kein anderer Staat England hierin habe unbedingte Gefolgschaft leisten wollen. Das ohnehin bereits arg lädierte Ansehen der Genfer Institution aber versucht man in London und in Paris mit dem Hinweis zu retten, daß nicht der Völkerbund als solcher versagt habe, sondern lediglich die in seinen

Satzungen verankerten Methoden. Es mag spitzfindiger Züftelei berufener Juristen vorbehalten bleiben, diese feinen Unterschiebe aufzuzeigen. Grundsätzlich bleibt aber festzuhalten, daß der Völkerbund einer Reform an Haupt und Gliedern bedarf. Mit Pfüscherei und Fickarbeit ist das baufällig gewordene Haus nicht mehr zu retten. Ein Neubau tut not, in dem sich alle Völkerfamilien wohlfühlen können. Ein neues, helles liches Haus, in dem eine frische Luft weht, in der der Blick sicher und die Köpfe klar bleiben. Die verantwortlichen Staatsmänner haben in der kurzen und doch schon so lang und überaltert erscheinenden Geschichte des Völkerbundes so viele reiche Erfahrungen sammeln können, daß sie bei einigem guten Willen heute wissen müßten, was zu tun ist. Auf dem fluchbeladenen Moderboden von Versailles darf das neue Völkerbundshaus nicht wieder aufgebaut werden, wenn aus dem neuzeitlichen Zusammenleben der Völker für alle Segen erwachsen soll. Wenn jetzt der Völkerbund wieder in Genf zusammentritt, dann wird die Reformfrage noch nicht spruchreif sein. Man will sich — wie der englische Regierungsvertreter im Unterhaus sagte — bis zum Herbst Zeit zu den notwendigen Überlegungen lassen. Die Genfer Beratungen werden aber schon diesmal unter dem Eindruck aller Beteiligten stehen, daß die Frage der Neuordnung vordringlich geworden ist. Die Sanktionsdebatte in Genf gibt sicherlich den Delegierten ausgiebig Gelegenheit, sich das morsche Gebälk und die klaffenden Risse im Gemäuer des von seinen Vätern einst aus rein selbstfälligen Erwägungen gewissenlos errichteten Werkes zu besehen. —r.

Meerengenkonferenz vertagt

Erste Lesung des Abkommensentwurfes beendet

Die Meerengenkonferenz hat ihre vorläufig letzte Sitzung abgehalten. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird vom Generalsekretär der Konferenz bestimmt werden.

Die Aussprache in der letzten Sitzung bezog sich in der Hauptsache auf Artikel 9 des türkischen Entwurfes, durch den die Türkei das Recht erhalten soll, die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen von einer besonderen Bewilligung abhängig zu machen, wenn sie sich im Zustand der Kriegesgefahr befinden betrachten sollte. Artikel 11 des Entwurfes, durch den das Ueberfliegen der Meerengen verboten werden soll, wurde dem technischen Komitee zur Prüfung überwiesen. Der Präsident stellte zum Schluss fest, daß die Konferenz die erste Lesung des Abkommensentwurfes mit Erfolg beendet habe. Die Konferenzarbeiten seien nicht unterbrochen und die Vollsitzungen würden wieder aufgenommen werden, sobald die Ausschussarbeiten hinreichend fortgeschritten seien.

Englische Vorbehalte

In einer Neuter-Meldung heißt es, daß die Zukunft der Meerengenkonferenz zum großen Teil von dem Ergebnis der Genfer Sitzungen abhängen. Die Vollversammlung könne zu einer Neuorientierung der Politik mehrerer Mächte führen. Auf jeden Fall hoffe man, daß sich Italien in der Lage sehen werde, an den Verhandlungen teilzunehmen. Anlässlich der Vertagung der Montreux-Konferenz müsse zugegeben werden, daß sehr viele politische als auch wirtschaftliche Fragen vorhanden seien, deren Lösung einige Schwierigkeiten biete; es sei jedoch noch zu früh, von einem toten Punkt zu sprechen, da sich die Konferenz im Anfangsabschnitt befinde.

Es sei aber unwahrscheinlich, daß Großbritannien mit seiner jahrhundertalten Meerengenpolitik ohne weiteres irgendeiner Konvention zustimmen würde, die den sowjetrussischen Kriegsschiffen volle Bewegungsfreiheit geben würde, während die britischen Schiffe vom Schwarzen Meer ferngehalten würden. Das wäre die Verneinung aller Grundsätze, für die sich Großbritannien seit den Tagen vor dem Krim-Krieg eingesetzt habe.

Henleins Zeitung verboten

Die „Rundschau, Sudetendeutsche Wochenzeitung“, herausgegeben von Conrad Henlein, wurde am Donnerstag auf sechs Monate verboten. Die Verfügung erfolgte auf Grund des tschechoslowakischen Republikshutzgesetzes; nach den gesetzlichen Vorschriften gibt es dagegen kein Rechtsmittel. Die „Rundschau“ enthält die parteiamtlichen Verlautbarungen der Sudetendeutschen Partei.

Sowjetrussische Beschwichtigungsversuche

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow hat in Montreux einige Erklärungen über seine Stellungnahme der Öffentlichkeit übergeben: Er sagte, die Sowjetregierung erstrebt kein anderes Ziel, als die Ausdehnung des im Lausanner Abkommen angenommenen Grundsatzes der Tomagebegrenzung für Nichtuferstaaten im Schwarzen Meer in der Weise, daß keine Bedrohung für die Schwarzmeerstaaten oder irgendeine Notwendigkeit zur übermäßigen Vermehrung ihrer Seestreitkräfte im Schwarzen Meer bestehen bleibe. Gleichzeitig könne die Sowjetabordnung nur Einspruch erheben gegen die Veruche, die Durchfahrt von Kriegsschiffen der Schwarzmeerstaaten zu beschränken, eine Beschränkung, die gegenwärtig auf Grund des Lausanner Abkommens nicht bestehe. Die Sowjetunion verlange freie Durchfahrt zum Zwecke von Höflichkeitsbesuchen und im Verkehr zwischen ihren Flottenstützpunkten in den verschiedenen Meeren, und zwar zu keinem anderen Zweck. Gleichzeitig vertrete die Sowjetabordnung den Grundsatz der freien Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerenge für alle Mächte in den Fällen, in denen es notwendig ist, um Opfern eines Angriffes in Durchführung der Völkerbundsatzung Unterstützung zu leisten.

Neue englische Instruktionen für Montreux

Einleiten gegenüber Sowjetrußland

London. In amtlichen englischen Kreisen sind die Berichte über einen scharfen Meinungsstöß zwischen England und Sowjetrußland auf der Meerengenkonferenz mit einigem Mißbehagen aufgenommen worden. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat man in maßgebenden Kreisen den aufrichtigen Wunsch, die seit einiger Zeit gebesserten englisch-sowjetrussischen Beziehungen nicht durch Meinungsverschiedenheiten in der Meerengenfrage zu gefährden.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die englische Regierung erst in den letzten zwei oder drei Tagen ausreichende Gelegenheit zur Einsicht in die türkischen Konferenzvorschläge gehabt habe. Daher seien die von der britischen Abordnung in Montreux vorgebrachten Ansichten nur von vorläufiger Natur. Lord Stanhope habe natürlich davon abgesehen, auf der Konferenz irgendwelche ins einzelne gehende Bemerkungen zu machen, da er die türkischen Pläne vollständig den verschiedenen britischen Regierungsstellen in London und dem Kabinett vorlegen wollte, bevor er seinen Standpunkt festlegte. Man rechnet nunmehr damit, daß die neuen Anweisungen des englischen Kabinetts in den nächsten Tagen an Lord Stanhope abgehen werden.